

UND WÄHREND DER UNGEHEUREN MEHRHEIT DER BEVÖLKERUNG.

Die Weimarer Verfassung hat sich nicht zuletzt als eine Grundlage der imperialistischen Kriegsvorbereitungen „bewährt“. Sie ermöglicht die Steigerung der legalen und der illegalen Rüstungen des neudeutschen Imperialismus je nach Bedarf durch Inanspruchnahme oder durch Umgehung der gesetzgebenden Maschinerie der Republik. Sie ermöglicht der deutschen Bourgeoisie den Anschluß an den Weltimperialismus, an die Kriegsfrente gegen die Sowjetunion.

Sie hat sich wirklich bewährt, die Weimarer Verfassung, mit ihrer Reichswehr, ihrer Polizei, ihrer Klassenjustiz und Klassenjustiz, als die Verfassung der kapitalistischen Republik. Deshalb ist die Bourgeoisie zufrieden, wenn die sozialdemokratischen Minister im Reich, in Preußen, in den Ländern den Verfassungstag feiern. In diesen Feiern setzt ja die SPD nur ihre tägliche Arbeit im Interesse des Kapitals fort.

Die Klassenbewußten Arbeiter wenden sich vom patriotisch-völkergemeinschaftlichen Verfassungsrummel mit Verachtung ab. Aber mit Verachtung allein wurde noch kein Betrugsmanöver durchkreuzt. Bedeutet der Verfassungsrummel für die Reformisten das große Fest der Koalition, so ist er für uns ein Tag des Klassenkampfes, ein Tag der Kampfansage an diese Verfassung der schwarzrotgoldenen Ausbeuterrepublik.

Und dieser Kampf wird nicht geführt allein durch Entlarvung des wahren Charakters der Weimarer Verfassung! Der Verfassung des bürgerlichen Parlamentarismus stellen wir die Räteverfassung der Arbeiter und Bauern entgegen, der demokratisch verkleideten bürgerlichen Diktatur die Diktatur des Proletariats, die eine Diktatur gegenüber den Ausbeutern ist und die proletarische Demokratie in noch nie dagewesenem Umfange für die werktätigen Massen verwirklicht.

Nur die proletarische Demokratie ist auch eine wirkliche inhaltliche Demokratie, die den arbeitenden Massen die Beteiligung an der Verwaltung, an der Gesetzgebung, an der Rechtsprechung in weitestem Umfange ermöglicht. Die Demokratie der schwarzrotgoldenen Republik ist nur eine formale Demokratie, sie besteht in der formalen politischen Gleichberechtigung, wobei die wirtschaftliche Macht und damit die Diktatur des Kapitals unangestastet bleibt.

Freilich, die reformistischen Agenten des Kapitals merken auch, daß die Massen den Betrug der bürgerlichen Demokratie allmählich durchschauen. Während sie mit Hilferding auf der einen Seite leugnen, daß es überhaupt so etwas wie formale Demokratie gäbe, „ergänzen“ sie auf der anderen Seite die sogenannte politische Demokratie mit der Losung der „Wirtschaftsdemokratie“. Wirklich eine Ergänzung, nämlich die Ergänzung des alten Betrugs mit neuen Formen der Täuschung, neuen Illusionen, neuen Methoden der Befestigung des Kapitalismus. Sonst aber ist die „Wirtschaftsdemokratie“ keine Ergänzung, sondern ein Bestandteil der bürgerlichen Demokratie, der die Funktion hat, die Machtlosigkeit der Arbeiter durch einen Schein der wirtschaftlichen Gleichberechtigung zu verhüllen. Oder — wie Hilferding, der heutige Theoretiker der Wirtschaftsdemokratie, es auf dem Betriebsrätekongreß im Jahre 1920 so treffend gesagt hat: „Sozialismus kann nicht ein Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten in irgendwelchen gemeinsamen Organisationsformen bedeuten, sondern es kann nur bedeuten die Ausschaltung der Kapitalisten aus der Produktion, die Ausschaltung der Kapitalisten als Besitzende.“

Die Ausschaltung der Kapitalisten aus der Produktion wird nicht durch Wirtschaftsdemokratie und nicht durch Verfassungsfeier erreicht. Sie bedeutet auf gut Deutsch den Sturz des Kapitalismus durch die Arbeiterklasse. Sie ist vollbracht worden durch die proletarische Diktatur in der Sowjetunion, die die Privilegien der Ausbeuterklasse annulliert und die Rechte der Werktätigen in der Räteverfassung verankert hat.

Auch die deutsche Arbeiterschaft muß erst dieses Werk, das Werk der proletarischen Revolution vollenden. Dann wird erst das Proletariat, dann werden die Werktätigen in Deutschland ihren Verfassungstag feiern!

Die Mobilmachung in Pommernellen

11 Königsberg, 10. August.

Die Döpreuhische Zeitung schreibt: „Die allmähliche Mobilmachung in Pommernellen läßt sich nirgends mehr verheimlichen und wird auch nicht verheimlicht. Aus dem Kreise Karthaus ist uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt worden, daß dort von den Gütern mitten in den dringendsten Erntegeschäften jugendliche Landarbeiter zu den Waffen gerufen worden sind. Es würde ohne ernstlichen Hintergrund keinem Lande einfallen, seiner Landwirtschaft während der Haupterntezeit die notwendigen Kräfte um des Wanders willen zu entziehen. Aus Thoren beständigen Reisende die von uns gemeldete auffällige Verstärkung der Garnison und teilen uns ferner mit, daß auch hier die jungen Reservisten ganz plötzlich und unerwartet zu den Fahnen gerufen worden sind.“

Moskau, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erließ einen Aufruf, der sich an die Arbeiter aller Länder wendet und sich mit der Kriegsgefahr an der polnisch-litauischen Grenze befaßt. Er fordert die Arbeiterschaft aller Länder auf, gegen die Befehle Litauens durch den polnischen Imperialismus zu kämpfen. Der Kampf um die Unabhängigkeit Litauens müßte sich nicht nur gegen Wilsudski, sondern auch gegen Woldemoros richten. In diesem Kampf muß die litauische Arbeiterschaft vom internationalen Proletariat unterstützt werden.

Protestmärsche, Demonstrationen und Proteste der Arbeiter in Betrieben und Organisationen müssen den Enttäuschungen der Arbeiterschaft den kapitalistischen Regierungen Englands, Frankreichs und Deutschlands und den anderen kapitalistischen Mächten, die alle Komplizen des polnischen Imperialismus sind, in die Ohren gellen.

Die Moskauer Iwestija weisen im Zusammenhang mit den polnischen Kriegsplänen an der litauischen Grenze auf die Erklärung des polnischen Außenministers hin, daß „die polnische Regierung ein entschiedener Anhänger des Krieges als Instrument völkerverrechtlicher Sanktionen“ sei, d. h. daß Polen vom Völkerverbund erwartet, den Aufruf zu einer kriegerischen Sanktion gegen Litauen zu erhalten.

Englische Luftkriegsmanöver

London, 10. August. (Eigener Drahtbericht.)

Die am Montag beginnenden diesjährigen Luftmanöver über London werden in größerem Maßstabe als bisher abgehalten. In den Übungen sind 300 Flugzeuge beteiligt. Den Manövern liegt die Idee eines Kampfes zwischen der Kontinental-Macht Ostland und der Inselmacht Westland zugrunde, deren Hauptstadt London ist. Die angreifenden Flugzeuge werden von Montag bis Donnerstag in jeder Nacht versuchen, von der Kanalküste nach London durchzubrechen. Zwischen der Küste und London ist ein ausgebreitetes System von Lauthörern und Scheinwerfern angelegt worden. Diese Anlagen werden besetzt durch reguläre Reservetruppen der Territorial-Armee. Die Manöver finden täglich von 21 bis 6 Uhr statt. Die Bevölkerung wird von den Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß sie in der nächsten Woche mit recht wenig Schlaf zu rechnen haben, da das Geräusch der Bomben- und Kampfschwärme über London die ganze Nacht nicht aufhören wird. Die Polizei und der rote Kreuz-Dienst haben umfangreiche Vorkehrungsmaßnahmen getroffen und in verschiedenen Teilen Südbenglands und rund um London und in den großen Londoner Parks Ambulanzstationen eingerichtet.

In diesem Jahre wird das einzige Kavallerieregiment der englischen Rheinbesatzungsarmee sich an den Manövern der französischen Rheinlandarmee beteiligen. Dies gilt als ein Präzedenzfall in der militärischen Geschichte.

Verfassungsrummel in Berlin

Geld spielt keine Rolle

Berlin. Die „Welt am Abend“ berichtet über die Verfassungsfeier am 11. August: „Die Vorbereitungen für die Verfassungsfeier stehen unter der Devise: Geld spielt keine Rolle. Vor allen Dingen bemüht man sich, die Republik ins rechte Licht zu setzen, wozu nach dem kaiserlichen Rezept Fackelzüge, Feuerwerke und Illuminationen am meisten beitragen sollen. Göttern

Brüssel

Brüssel, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Vormittags Sitzung der Zweiten Internationale brachte die Diskussion zur politischen Lage, an der sich keine großen Parteien beteiligten. Crispian erstattete den Bericht der Mandatprüfungskommission. Es sind 34 Parteien aus 29 Ländern mit 446 Delegierten, darunter 40 Frauen, vertreten. In der Nachmittags Sitzung gab der Belgier Broutere Bericht über die Lage der politischen Gefangenen. Broutere ließ eine antihörschweizerische Forderung los und gab eine Erklärung für die „Verbannten“ ab. Dann folgte die Abrüstungsdebatte. Der berichtigte Kriegsheer Renaudel beschäftigte sich in einem besonderen Punkte mit einer eventuellen sogar Methoden in Anwendung bringen, um den Krieg zu verhindern. Dieser hohe Passus kam ihm offenbar schrecklich radikal vor, so daß er sich Mühe gab, sich dafür zu entschuldigen. Auch Crispian bekennt den friedfertigen, sanftmütigen Charakter der Sozialdemokratie. Dann wurde die Abrüstungsresolution angenommen. Diese Annahme gibt nicht eine einzige konkrete Aufgabe des Kampfes gegen den Krieg. Feinlich wird vermieden, die Sowjetunion zu erwähnen.

Verbindung mit revolutionären Organisationen ist Verbrechen!

Befehl der Organisationskommission der 2. Internationale Die Kommission für Organisationsfragen des Brüsseler Kongresses, deren Vorsitzender Henderson ist, sieht ihre Hauptaufgabe darin, vorübergehende Maßnahmen gegen alle Berührungspunkte der sozialdemokratischen Parteien mit revolutionären Organisationen zu treffen.

Sie hat einen Vorschlag der Exekutive der 2. Internationale ohne lange Debatte angenommen, wonach es den Mitgliedern verboten ist, sich politischen Organisationen anzuschließen, deren Tendenzen mit dem reformistischen Programm und dem ganzen Tun und Lassen der 2. Internationale nicht im Einklange sind.

Es wird offen zugegeben, daß es sich hier natürlich nicht um bürgerliche Organisationen, sondern um revolutionäre, kommunistisch „verleumerte“ Organisationen handelt. Denn die Frage wurde deswegen aufgestellt, weil gewisse Parteimitglieder solcher Organisationen, wie revolutionär orientierten Freiheitsverbänden, der Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung und dergleichen, angehörten.

Von nun an werden daher die reformistischen Parteien auf Grund des Beschlusses der 2. Internationale gegen alle Mitglieder und Sektionen, die sich erheben, mit revolutionären Organisationen in Verbindung zu stehen, einfach mit Ausschluß vorgehen.

Aufstand im brasilianischen Grenzgebiet?

London, 10. August. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, erhalten sich dort hartnäckig Gerüchte aus Muncion, wonach an der Grenze zwischen Brasilien und Paraguan auf brasilianischem Gebiet ein Aufstand ausgebrochen sein soll. Paraguan soll in größter Eile Truppen an die Grenze gemarshieren haben.

192 Kommunisten standrechtlich erschossen

11 Peking, 10. August.

In der Kwangtung-Provinz haben die Behörden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Bei den Hausdurchsuchungen wurde erhebliches schriftliches Belastungsmaterial gefunden, das die Verbindung der chinesischen Kommunisten mit Moskau nachwies. Es wurden über 250 Personen verhaftet, 192 Kommunisten, die in derselben Nacht abgeurteilt wurden, sind standrechtlich erschossen worden.

land bereits gegen Mitternacht eine Beleuchtungsprobe am Platz der Republik statt. 32 Scheinwerfer von insgesamt 32.000 Watt warfen ihr Licht auf die Front des Reichstagsgebäudes. Vor dem Molke-Donner hat man außerdem noch 19 Holztürme errichtet, die mit Blumen geschmückt sind und ebenfalls Licht ausstrahlen lassen. Für den Fackelzug ist vor dem Molke-Donner eine große Tribüne gezimmert worden, auf der die Ehrenplätze Platz nehmen werden.

Im übrigen Programm findet man zahlreiche Plakonzerte, eine bengalische Beleuchtung des Rathauses und des Stadthaussturmes, Geschwaderflüge über Berlin, sowie ein Riesenfeuerwerk im Grunewald, bei dem ein Hindenburg- und Ebert-Bild knatternd in die Luft geschossen wird.

Der Ortsverein Charlottenburg des Reichsbanners begeht die Verfassungsfeier im Lunapark. An dem Plakonzert wirkt u. a. mit das 100. Kaiser-Sinfonieorchester der Schutzpolizei. Bei dem Fackelzug werden der Vizepräsident Jürgel und Staatssekretär Ostas Mener die Reden halten.

Riesenuntererschlagungen bei der Kommandantur Berlin

11 Berlin, 11. August.

Der Generalstaatsanwalt des Landgerichts I beschäftigt sich seit einigen Tagen mit einer aussehenerregenden Riesenuntererschlagung beim Wirtschaftsamt der Kommandantur Berlin. Nach den noch im Gange befindlichen Mitteilungen ist schon jetzt ein Fehlbetrag von 450.000 Mark festgestellt worden. Der Untererschlagungen wird in erster Linie der bei dem Wirtschaftsamt tätige Oberzahlmeister Martin beschuldigt. In die Angelegenheit ist außerdem auch noch der Vorgeleitete Martins verwickelt. Der Oberzahlmeister Martin hatte sich, als die Ermittlungen einfließen, wegen Körperverletzung in ein Sanatorium begeben. Martin soll seit Jahren täglich ungeheuer große Kennwetten bei Buchmachern abgeschlossen haben.

„Gegen Störenfriede empfiehlt sich . . .“

Berlin, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Berliner Magistrat erläßt an die Berufsschulen in Groß-Berlin folgende Mitteilung: „Dem Vernehmen nach ist von kommunistischer Seite beabsichtigt, die am 11. August stattfindenden Verfassungsfeiern in den Berufsschulen zu brechen oder mindestens zu stören. Gegen Störenfriede empfiehlt sich, mit allen Mitteln der Schulmacht (!) vorzugehen.“

Die proletar. Berufsschüler werden sich nicht von den Knüppelandrohungen der Schulmacht einschüchtern lassen und zur Verfassungsfeier der reaktionären Lehrerschaft die imperialistisch-nationalistische Propaganda über sich ergehen lassen. Sie werden für revolutionäre Gegenaktion sorgen.

Der kommunistische Jugend-Verband und die Rote Jugendfront werden heute am Verfassungstag in ihrer Organisationsleitung die Verfassungsfestern in den Berufsschulen ausführen. Die erwachsene Klassenbewußte Arbeiterschaft wird den Kampf der proletarischen Berufsschüler solidarisch unterstützen.

Streikbewegungen in Oberschlesien

Kattowich, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Während ein Streik der Walzwerker der Königs-Hütte, der 190 Mann umfaßte, nach Zusage einer Erhöhung der Akfordlöhne beigelegt wurde, hat ein Streik der Maurer und Zimmerleute elf Hütten ergriffen, darunter von den großen Eisenhütten die Königs-, Baildon-, Bismard- und Falva-Hütte und von den Zinkhütten Kunigunde und Rosamunde und die Lipiner Hütten. Die Bauarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 20 bis 30 Prozent. Falls es nicht gelingt, den Streik beizulegen, muß mit einer ernstlichen Betriebsstörung gerechnet werden.

Unter den ostoberschlesischen Industriearbeitern macht sich eine starke Bewegung für die beschleunigte Rückkehr zum Achtstundentag bemerkbar.

Der Lohnkonflikt in der Bergbauindustrie hat sich in kritischer Weise verschärft. Sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiterschaft haben den Spruch der Schiedskommission, der den Bergarbeitern eine 5-prozentige Lohnerhöhung zubilligt, kategorisch abgelehnt. Die Unternehmer stehen auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der Gestehungskosten für den polnischen Bergbau untragbar wäre. Die Bergarbeiterschaft beharrt auf ihrer ursprünglichen Forderung einer Lohnerhöhung von 30 Prozent. Die Gewerkschaften drohen für den Fall der Ablehnung ihrer Forderungen mit dem Streik. Die Situation wird als sehr ernst angesehen.

Tränengas gegen streitende Arbeiter

11. London, 10. August. Wie aus Madras gemeldet wird, wird sich der gesetzgebende Rat bei seinem nächsten Zusammentritt mit einem Antrag beschäftigen, der anfänglich der letzten Streikunruhen vorschlägt, daß die dortige Polizei mit Tränengasbomben und Wasserstrahlröhren ausgerüstet werden soll. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß die sich in Erregung befindliche indische Bevölkerung außerordentlich gefährlich werden kann.

Rußland streicht den Himmelfahrtstag

11. Romno, 10. August. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Rat der Volkskommissare den 2. Mai als Feiertag befristet. Er hat außerdem vorgeschlagen, den Himmelfahrtstag aus der Reihe der Feiertage zu streichen.

100.000 Rubel für Volksaufklärung zum 100. Geburtstag Tolstois

11. Romno, 10. August. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung dem Volkskommissariat für Volksaufklärung 100.000 Rubel aus Anlaß des 100. Geburtstages Tolstois überreichen lassen.